

1. Welche Personen sind am Abschluss eines Berufsausbildungsvertrages beteiligt?

Am Abschluss eines Berufsausbildungsvertrags sind in der Regel der Auszubildende, der Ausbildungsbetrieb und gegebenenfalls die Berufsschule beteiligt. Paragraph 11 des BBiG.

2. Welche Formvorschrift gilt für den Abschluss des Berufsausbildungsvertrages?

Der Abschluss eines Berufsausbildungsvertrages in Deutschland erfordert die schriftliche Form, wobei alle beteiligten Parteien den Vertrag unterzeichnen müssen. §11 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG).

3. Auszubildende dürfen nur eingestellt werden, wenn eine geeignete Ausbildungsstätte vorhanden ist. Was versteht man unter einer geeigneten Ausbildungsstätte?

Gemäß Paragraphen 10 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) muss eine geeignete Ausbildungsstätte die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, darunter qualifiziertes Personal, angemessene Ausstattung und die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften, um sicherzustellen, dass die Auszubildenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten können.

4. Nennen Sie fünf Mindestangaben, die ein Berufsausbildungsvertrag enthalten muss!

Angaben zu den Vertragsparteien: Hierzu gehören die vollständigen Namen und Anschriften des Auszubildenden und des Ausbildungsbetriebs.

Ausbildungsberuf: Der Vertrag muss den genauen Ausbildungsberuf angeben, in dem die Ausbildung durchgeführt wird. Dies beinhaltet auch die offizielle Bezeichnung des Berufs.

Beginn und Dauer der Ausbildung: Der Vertrag muss den genauen Beginn der Ausbildung sowie die voraussichtliche Dauer der Ausbildung in Jahren oder Monaten festlegen.

Ausbildungsvergütung: Es muss angegeben werden, welche Vergütung der Auszubildende während seiner Ausbildung erhält. Die Höhe der Vergütung kann je nach Ausbildungsberuf und Region variieren.

Ausbildungsplan: Der Berufsausbildungsvertrag sollte einen groben Überblick über die Ausbildungsinhalte und den zeitlichen Ablauf der Ausbildung enthalten. Dies dient dazu, die Struktur und den Verlauf der Ausbildung festzulegen.

5. Wie lange muss die Probezeit *mindestens* und wie lange darf sie *höchstens* dauern?

Die Probezeit in einem Berufsausbildungsvertrag in Deutschland muss mindestens einen Monat und darf höchstens vier Monate sein.

6. Warum wurde im Berufsausbildungsvertrag eine Probezeit vereinbart?

Die Vereinbarung einer Probezeit im Berufsausbildungsvertrag dient dazu, sowohl dem Auszubildenden als auch dem Ausbildungsbetrieb die Möglichkeit zu geben,

die Eignung und Passung für die Ausbildung und das Unternehmen zu prüfen. Während dieser Zeit können eventuelle Unstimmigkeiten oder Schwierigkeiten frühzeitig erkannt und gegebenenfalls eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

7. Nennen Sie drei *Pflichten* des Auszubildenden!

Der Auszubildende hat die Pflicht, aktiv an der Ausbildung teilzunehmen,

die im Ausbildungsvertrag festgelegten Arbeitszeiten einzuhalten und die ihm übertragenen

Aufgaben gewissenhaft auszuführen.

8. Nennen Sie drei *Pflichten* des Ausbildenden bzw. *Rechte* des Auszubildenden!

Der Ausbildende hat die Pflicht, die Ausbildung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen

und dem Ausbildungsrahmenplan durchzuführen, eine angemessene Ausbildungsvergütung

zu zahlen und den Auszubildenden für den Berufsschulunterricht freizustellen.

9. Welche Gründe berechtigen auch nach der Probezeit zur Kündigung des Berufsausbildungsvertrages?

Nennen Sie die zwei Arten von Gründen und geben Sie dazu jeweils die Kündigungsfrist an!

Der Berufsausbildungsvertrag kann auch nach der Probezeit aus zwei Hauptgründen gekündigt

werden: personenbedingte Gründe mit einer Kündigungsfrist von in der Regel vier Wochen

und verhaltensbedingte Gründe mit einer Kündigungsfrist von in der Regel zwei Wochen.